

## Interpellation

### **zur verkehrspolitischen Aktivität in der Gotthard-Raststätte**

Die Gotthardraststätte an der A 2 im Dimmerschachen ist eine Nebenanlage der Nationalstrasse. Die Nationalstrasse wurde, unter massgeblichster Beteiligung des Bundes, vom Kanton Uri gebaut. Der Kanton sorgt auch, ebenfalls unter massgeblichster Beteiligung des Bundes, für Betrieb und Unterhalt. Dazu gehört in erster Linie die Gewährung einer optimalen Sicherheit für die Verkehrsteilnehmer. Die Raststättegesellschaft betreibt die Anlage auf Grund vertraglicher Abmachungen und Bewilligungen seitens des Kantons.

Schon bei früheren Verkehrsvorlagen betrieb man auf und in der Raststätte politische Propaganda. Auch jetzt bei der Petition "Gegen das Verkehrs-Chaos am Gotthard" wird auf und in der Raststätte Propaganda betrieben und es werden Unterschriften gesammelt, Unterschriften von einheimischen und ausländischen Personen. Die Petition greift die offizielle Verkehrslenkung direkt an und verbreitet gefährliche Scheinrezepte.

In diesem Zusammenhang stellen sich Fragen, die ich dem Regierungsrat zur Prüfung und Beantwortung einreiche:

*1. Wer ist verantwortlich für die jetzt laufende Unterschriftensammlung "Gegen das Verkehrschaos am Gotthard" in der Raststätte?*

*2. Ist es der Raststättebetreiberin erlaubt, in dieser Art und Weise auf dem Gebiet der Raststätte zu politisieren oder politisieren zu lassen? Wenn ja, würde es ihr nicht trotzdem gut anstehen, mindestens auf ihrem Betriebsgelände bei eidgenössischen und kantonalen verkehrspolitischen Fragen Zurückhaltung zu üben?*

*3. Enthält die Petition auch Unterschriften von rasch vorbeiziehenden Passanten aus dem In- und Ausland? Welcher Wert kommt solchen Unterschriften zu?*

*4. Haben politische Gruppierungen, unabhängig ihrer Überzeugung, das gleiche Recht wie die Raststättegesellschaft? Dürfen sie gegebenenfalls auf und in der Raststätte politische Propaganda betreiben und Unterschriften sammeln?*

Attinghausen, 16. September 2002

Landrat Hans Stadler  
Attinghausen

## "Verkehrspolitische Aktivität in der Gotthard-Raststätte"

Der schwere Unfall im Gotthardstrassentunnel zeigte auf: bei ungehindertem Wachstum des Verkehrs, vor allem des Schwerverkehrs, steigt die Unfallgefahr im Strassentunnel laufend. Für den Kanton Uri, der für den Betrieb verantwortlich ist, drängten sich Massnahmen auf.

Nach Prüfung durch die Sachverständigen vor Ort, nach umfassenden Absprachen auf politischer Ebene und der Koordination zwischen den Passkantonen erfolgte die Einführung des Dosiersystems durch das UVEK. Oberstes Ziel ist die Stabilisierung des Risikos für die Verkehrsteilnehmer.

Das Dosiersystem wurde laufend angepasst und verbessert. Auch jetzt wird das System verbessert und wesentlich optimiert durch die Einführung des sogenannten Tropfenzählersystems. Die neue Art der Dosierung ist nicht ein fremdes Diktat, sondern das Ergebnis einer engen Zusammenarbeit der Kantone mit den Bundesstellen.

Hinter der leider nötig gewordenen Verkehrslenkung stehen ein Wille, ein Ziel und eine Vision. Der *Wille*, den Risikostand im Tunnel einigermaßen zu stabilisieren; das *Ziel*, auf nationaler Ebene den Verkehrsfluss über die Alpenpässe und auf den Transitrouten zu koordinieren; die *Vision*, ein zukunftsweisendes Verkehrssystem zu verwirklichen, das sich auf Bahn und Strasse abstützt und sich an den nachhaltigen Bedürfnissen von Mensch und Umwelt, namentlich auch des Alpenraumes, orientiert.

Wir Urnerinnen und Urner sind jetzt gefordert, gefordert, in diesen weitsichtigen Kategorien zu denken und zu urteilen. Wir müssen Stehvermögen bewahren und unbeirrt die grossen Ziele nicht aus dem Auge verlieren.

Die laufende Petition "Gegen das Verkehrs-Chaos am Gotthard" ist diesem Verhalten nicht förderlich. Im Gegenteil: sie putscht auf, klagt an und fordert Gefährliches.

- Sie putscht auf, statt Ruhe zu bewahren;
- Sie klagt an, der Verkehr am Gotthard sei ein Chaos. Der Verkehr wird zwar dosiert, aber er ist kein Chaos. Die Polizei hat ihn geordnet im Griff und leistet dafür eine Riesearbeit, die statt als "Chaosmacherei" diffamiert zu werden, eher Anerkennung und Respekt verdient.
- Sie fordert Gefährliches. Die sofortige Aufhebung der Dosierung würde dem ungebremsten und unkoordinierten Wachstum wieder Tür und Tor öffnen. Die Folge ist klar: das Risiko im Tunnel würde rasch anwachsen. Die Verlegung der Dosierung an die Landesgrenze erweist sich beim näheren Zusehen nicht nur als kaum realistisch, sondern auch als unzweckmässig. Der Schwerverkehr muss vor dem Tunnel dosiert werden, um das Risiko zu stabilisieren. Alternativen könnten meiner Meinung nach nur nationale und internationale Verkehrslenkungssysteme sein, doch so etwas kann nicht sehr rasch verwirklicht werden.

Ich konnte nun schon seit geraumer Zeit beobachten, dass bei verkehrspolitischen Diskussionen in unserem Kanton in und auf der Gotthard-Raststätte ein Nährboden für Propaganda und Unterschriftensammlungen war. Auch jetzt werden wieder in der Raststätte Unterschriften gesammelt, und vor den Toren machen grosse Plakate - wie schon bei früheren Vorlagen - auf

die Petition aufmerksam. Die Frage darf und muss gestellt werden, ob dies recht und billig sei.

- Ob dies recht sei deshalb, weil die Raststätte doch eine Nebenanlage der Nationalstrasse ist. Die Raststätte stützt ihren Betrieb auf einen Vertrag mit dem Kanton und sie lebt fast ausschliesslich von der Strasse. Diese wurde vom Kanton gebaut, der Bund hat einen ganz wesentlichen Teil dafür bezahlt. Der Kanton sorgt für den Betrieb und Unterhalt und ist für die Sicherheit verantwortlich. Ist es recht, wenn in der Raststätte die offizielle Verkehrspolitik und Sicherheitsmassnahmen für die Verkehrsteilnehmer direkt angegriffen werden?
- Ob es billig sei deshalb, weil von der Raststätte als der Hauptnutzniesserin der Nationalstrasse mehr Zurückhaltung bei Angriffen gegen die offizielle Verkehrspolitik und Verkehrslenkung erwartet werden darf.
- Ob es billig sei auch deshalb, weil ich mich frage, welcher Wert den Unterschriften von flüchtigen Passanten aus dem In- und Ausland zukommt. Haben diese Leute die Lage genügend studiert. Oder wird ihre vielleicht gerade verständliche Stimmungslage ausgenützt, um rasch und bequem zu Unterschriften zu kommen? Doch wie viel sind solche Unterschriften wert?

Schliesslich frage ich mich, ob die Rechtsgleichheit gewahrt ist. Was wird passieren, wenn Gruppierungen, die eine andere verkehrspolitische Meinung verfechten, sich auf der Raststätte und in der Raststätte installieren und ebenfalls mit Plakaten Propaganda betreiben und Unterschriften sammeln? Haben sie die gleichen Rechte wie die andern? Dürfen sie dies? Dürfen sie es nicht, und wer kann es ihnen verwehren?

Diese Frage nach Recht und Billigkeit der verkehrspolitischen Propaganda auf der Raststätte und auch nach der Rechtsgleichheit möchte ich der Regierung stellen. Meine Interpellation will auch dazu beitragen, im Nachdenken und in der öffentlichen Diskussion über verkehrspolitische Aktualitäten sich an grundsätzlichen Zwecken, Zielen und Visionen zu orientieren.